

Universität Potsdam im Sommersemester 2003

Der Nahe Osten

Von Oslo zur Road Map

Hausarbeit zum Seminar „Konfliktregion Nahost“

Dozentin: Dr. Renate Schmidt

Hausarbeit von David Eckel

Matrikel- Nummer 70 30 15

Diplom- Politikwissenschaften

Giesebrechtstraße 14

10629 Berlin

Tel. 030 889 12 988

Fax 030 889 12 990

Inhaltsverzeichnis

1.1	Vorwort	S. 03
1.2	Begriffliches	S. 04
1.3	Grundsätzliche Betrachtungen zur Systematik der Untersuchung	S. 05
2.	Aktuelle Situation im Nahen Osten	S. 05
3.1	Vor- und Nachteile des Osloer Friedensabkommens	S. 09
3.2	Gründe für ein Scheitern des Osloer Abkommens	S. 11
4.1	Vor- und Nachteile der Road Map	S. 12
4.2	Ist die Road Map gescheitert?	S. 13
5.	Bewertung und Vergleich der Friedensinitiativen von Oslo und der Road Map	S. 15
6.	Zukunftsperspektiven	S. 15

1.1 Vorwort

Der Nahost- Konflikt wütet im Gebiet von Palästina seit der Ankunft der ersten jüdischen Siedler zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Es handelt sich um einen immer noch aktuellen Konflikt, der im Laufe der Zeit nur wenig an Härte verloren hat. Im Gegensatz zu den bewaffneten multinationalen Auseinandersetzungen direkt nach 1948 verlaufen die Konfliktlinien heute anders, denn territoriale Gewinne durch Militäraktionen werden heute weder von den arabischen Staaten noch von Israel ernsthaft in Betracht gezogen, genauso wenig wie die totale Auslöschung des jeweiligen Gegners. Zudem ist Israel mittlerweile von seinen Nachbarn faktisch (teilweise auch offiziell) anerkannt und muß nicht mehr in ständiger Kriegsgefahr leben. Seit der Befreiung des Irak ist nun auch der letzte Feindstaat gefallen, der offen Israels Vernichtung forderte (von Terrororganisationen wie der Hamas einmal abgesehen). Die Veränderung der Konfliktsituation hat allerdings mehr mit der großen militärischen Stärke des kleinen jüdischen Staates und seines starken Verbündeten, den USA, zu tun, denn mit nachbarschaftlicher Sympathie. Gute Zeichen sind dennoch in Sicht: Auch die Bevölkerungen akzeptieren die gegenseitigen Existenzrechte zunehmend.

Problematisch ist die Situation dennoch. Zwar stehen im Nahen Osten heute weniger Menschen bewaffnet im Krieg als noch vor 50 Jahren, die Zivilbevölkerung sowohl in Israel als auch in den an Israel angrenzenden arabischen Staaten und palästinensischen Gebieten leidet jedoch mehr denn je. Der palästinensische Terror wird direkt in das zivile Leben an die urbanen Treffpunkte der Israelis getragen, die Bomben der Vergeltungsangriffe treffen die Verstecke der Hamas mitten in dicht besiedelten Wohngebieten. Von Seiten des bewaffneten palästinensischen Terrorismus werden Zivilisten gezielt als Opfer der Gewalt auserkoren und dienen in den Friedensgesprächen als Verhandlungsmasse. Das israelische Militär nimmt zivile Opfer fahrlässig in Kauf. Letzteres ist durchaus üblich in einer bewaffneten Auseinandersetzung, ersteres hingegen ist neu in der Geschichte. Angriffe auf die Bevölkerung dienen in der Geschichte der bewaffneten Auseinandersetzungen fast immer dazu, den Kriegswillen zu brechen, Produktivmittel zu zerstören und Aufstände zu provozieren. Im Nahost- Konflikt hingegen sollen die Israelis den radikalen Palästinensern zufolge vernichtet oder zumindest zu großen, ebenfalls quasi existentiellen Eingeständnissen gezwungen werden. Diese Zielsetzung teilen

die gemäßigten Radikalen um Arafat allerdings nicht mehr. Sie wollen israelisches bzw. israelisch besetztes Land für den Aufbau eines eigenen palästinensischen Staates erhalten und bieten als Gegenleistung einen Stopp der Anschläge an. Diese Formel „Land gegen Frieden“, einst von dem Saudi- Arabischen König Fahd ins Leben gerufen, sollte in den folgenden Jahrzehnten der immerwährende Grundsatz für alle Verhandlungen bleiben und gilt auch heute noch unter Experten als einzige Möglichkeit, einen langfristigen Frieden zu schaffen.

1.2 Begriffliches

In allen Schriften und Diskussionen zum Thema „Naher Osten“ wird oft von der Bevölkerungsgruppe der „Palästinenser“ gesprochen. Dabei muß dieser Begriff zum richtigen Verständnis vorher definiert werden. Denn die Juden betrachten sich ebenfalls als das auserwählte Volk, dessen Heimat in Palästina liegt. Somit wären sie ebenfalls Palästinenser. Dies würde aber zu einiger Verwirrung im Sprachgebrauch führen („jüdisch- israelische“ und „arabische“ Palästinenser). Deswegen soll hier der Einfachheit halber der Begriff Palästinenser die vor allem im Bereich von Ostjerusalem, dem Gaza- Streifen und dem Westjordanland (engl. Westbank) wohnenden arabischen Bewohner bezeichnen. Zudem fallen unter den Begriff der Palästinenser die aus dem Gebiet von Palästina vertriebenen Bewohner, die dort vor der Ankunft der jüdischen Siedler lebten.

Ein weiterer Begriff kann für Uneinigkeit sorgen. So gibt es naturgemäß verschiedene Ansatzpunkte, den Begriff der „besetzten Gebiete“ zu definieren. Gilt hier nun Völkerrecht, israelisches oder palästinensisches oder gar religiöses Recht? Um dieser Diskussion aus dem Weg zu gehen, die hier aus Platzgründen nicht geführt werden kann und zudem nicht Thema dieser Untersuchung ist, möchte ich den Begriff vor seiner Verwendung definieren. Die „besetzten Gebiete“ werden als die unter israelischer Militärkontrolle befindlichen, aber nicht zum israelischen Staatsgebiet gehörenden Gebiete definiert. Israelische Siedlungen, die von Israel annektiert wurden, sowie Ost- Jerusalem sind damit in dieser Definition nicht besetzte Gebiete. Dies ist sinnvoll, um auf ihre Problematik gesondert eingehen zu können.

Weitere Probleme tauchen mit der Übersetzung der Begriffe auf. Während der Begriff „Road Map“ relativ leicht in „Friedensfahrplan“ übersetzt werden kann, hören die Möglichkeiten bei der Namensgebung auf, die immer einen subjektiven Bestandteil

enthält. So heißt der erste Krieg in Palästina im Jahr 1948 in Israel „Unabhängigkeitskrieg“. Im Arabischen hingegen heißt er Nakba, was so viel wie „Katastrophe¹“ bedeutet. Der Sinai- Krieg (israelischer Sprachgebrauch), in dessen Folge Israel die Sinai- Halbinsel besetzte, ist auf Arabisch unter dem Namen „trilaterale Aggression²“ bekannt. Die Differenzen in der Namensgebung lassen sich fast beliebig weiterführen, denn in der Vergangenheit wurde jede arabische Aggression von israelischen und verbündeten Soldaten niedergeschlagen. Dementsprechend sind die Bezeichnungen meist konträr. Zur Vereinfachung meiner Hausarbeit werde ich die im israelischen (und westlichen) Sprachgebrauch üblichen Begriffe benutzen und nur bei besonderer Wichtigkeit den arabischen Begriff mit anführen.

1.3 Grundsätzliche Betrachtungen zur Systematik der Untersuchung

Der Friedens- bzw. Konfliktprozeß im Nahen Osten ist ein steter, sich ständig verändernder Prozeß. Wichtige Neuerungen haben eine sehr kurze Halbwertszeit, die Situation kann schon durch einen Anschlag eskalieren. Deswegen ist es wichtig, einen Zeitpunkt für die Aktualität eines Referats festzulegen. Bis zum Juni 2003 enthält diese Arbeit die mit größtmöglicher Sorgfalt ausgewählten, für die Betrachtung wichtigen Details. Nach diesem Zeitpunkt handelt es sich mangels Übersichtsmaterial nur um eine möglichst alle wichtigen Punkte umfassende Selektion, welche bis zum Januar 2004 fortgeführt wurde.

2. Aktuelle Situation im Nahen Osten

Einen Eindruck der aktuellen Situation im Nahen Osten hat bereits das Vorwort geliefert. Hier soll nun in einem für die Arbeit ausreichenden Umfang auf die aktuelle Konflikt- und Friedensprozeß- Situation eingegangen werden.

Sechs arabisch- israelische Kriege prägen die Geschichte Israels und seiner Nachbarstaaten. Dabei machte Ägypten 1979 mit der Anerkennung des jüdischen Staats den Anfang zu einer Normalisierung des Umgangs. Die heutigen Konflikte resultieren zum Großteil aus vorherigen Konfrontationen: Die Besetzung fremden Territoriums durch Israel dauert seit dem 6- Tage- Krieg an, den Israel schnell

¹ Perthes, Volker: Geschichte des Nahost- Konflikts, in: Informationen zur politischen Bildung, Hrsg. Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 278 vom 1. Quartal 2003, Bonn 2003. S. 56

² In Anlehnung an die „Aggression“ von Israelis, Franzosen und Engländern. Vgl. hierzu Perthes, Volker: Geschichte des Nahost- Konflikts, in: Informationen zur politischen Bildung, Hrsg. Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 278 vom 1. Quartal 2003, Bonn 2003. S. 56

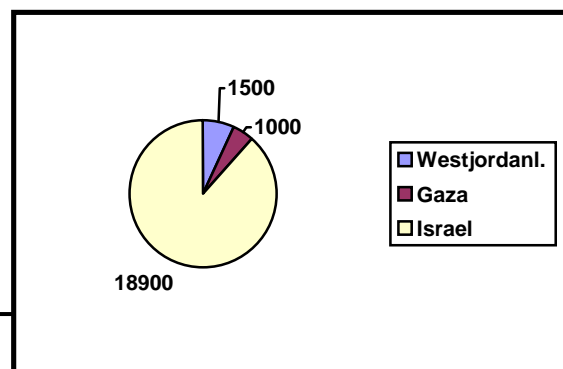
gewann und die Gebiete bis heute nicht vollständig geräumt hat³. Aus dieser Zeit resultiert auch die Angst des von Mittelmeer und arabischen Ländern eingeschlossenen Staates, in einer Offensive überrannt zu werden. Ein Sicherheitspuffer- die besetzten Gebiete- sollten dies dauerhaft verhindern. Mittlerweile sind sie allerdings zum Friedenshemmnis geworden.

Allerdings liegt mit dieser Problemanalyse bereits der Lösungsansatz vor: Land gegen Frieden. Sogar die UN- Resolution 242 unterstützt diesen Weg⁴.

Der Friedensvertrag von Oslo stammt aus dem Jahr 1993 und ist die Folge der Internationalen Friedenskonferenz von Madrid 1991. Das Oslo- I- Abkommen vom 13. September 1993 beinhaltet die Anerkennung der PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes durch Israel⁵. Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Jordanien im Jahr 1994 bewirkte zusätzlich eine Stabilisierung der Lage. Allerdings regte sich hiergegen Widerstand der Radikalen auf palästinensischer und israelischer Seite. Dies hatte die Ermordung von Premierminister Rabin zur Folge, der wegen seiner Friedenspolitik von einem rechten Israeli erschossen wurde⁶. Der Friedensprozeß wurde unter dem Schock des Mordes nur schleppend fortgesetzt. Die weiteren Bemühungen gipfelten im Abkommen von Wye (USA 1998), welches den Rückzug der Israelis aus 13 % des Westjordanlandes vorsah. Netanjahu allerdings hatte es mit der Umsetzung der Vereinbarung, die einen Rückzug bis 1999 vorsah, nicht eilig.

Wirtschaftsleistung je Einwohner in Dollar.

Stand: 2000⁷



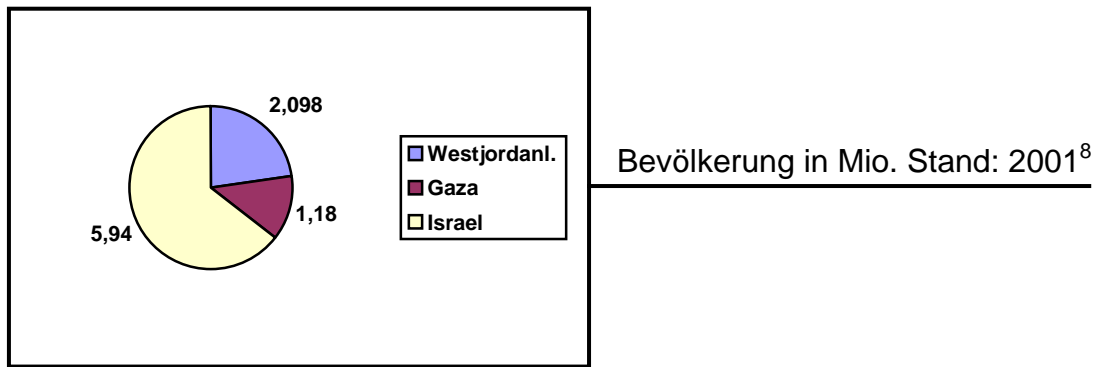
³ Vgl. hierzu Timm, Angelika: Israel – kein Staat wie jeder andere, in: Informationen zur politischen Bildung, Hrsg. Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 278 vom 1. Quartal 2003, Bonn 2003. S. 4 f.

⁴ Vgl. hierzu Shlomo, Shpiro; Rynhold, Jonathan: Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik, in: Informationen zur politischen Bildung, Hrsg. Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 278 vom 1. Quartal 2003, Bonn 2003. S. 48 ff

⁵ Ebd. S. 60

⁶ Vgl. ebd.

⁷ Tabelle: David Eckel. Daten aus Alroi - Arloser, Grisha, in: Informationen zur politischen Bildung, Hrsg. Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 278 vom 1. Quartal 2003, Bonn 2003. S. 47



Die Friedensverhandlungen von Camp David (II) scheiterten im Juli 2000 über der Diskussion des Plans vom neu gewählten Ministerpräsidenten Barak, der weitreichende Zugeständnisse von Israel beinhaltete. Er hatte sogar den Status von Jerusalem zur Diskussion gestellt, was für streng gläubige Juden nicht hinzunehmen war⁹. Barak konnte seine Regierungsmehrheit nicht halten. Nach dem erneuten Scheitern von Verhandlungen verschärfte sich der Ton zwischen PLO und arabischen Staaten auf der einen und Israel und den USA auf der anderen Seite deutlich.

Im September 2000 kam dann die Katastrophe für alle gemäßigten Kräfte: Die bewaffnete arabische Intifada brach aus und war blutiger denn je. Getragen wurde der brutale Aufstand durch die gespannte Situation innerhalb der palästinensischen Bevölkerung, durch einige unglückliche israelisch- palästinensische Verkehrsunfälle mit Toten, die Enttäuschung über das Scheitern der Gespräche von Camp David und durch den Besuch von Sharon auf dem Tempelberg, der für Araber und Juden gleichermaßen ein Heiligtum darstellt. Arabische Hardliner sahen im Besuch von Sharon die Untermauerung territorialer Ansprüche auf Ostjerusalem und die besetzten Gebiete. Im Gegensatz zur ersten Intifada wurde die Wiederauflage des Terrors nun auch von der PLO unterstützt¹⁰.

Die erneuten Kampfhandlungen palästinensischer Terroristen hatten die Wiederbesetzung autonomen palästinensischen Gebiets zur Folge¹¹. Die arabischen

⁸ Tabelle: David Eckel. Daten aus Alroi - Arloser, Grisha, in: Informationen zur politischen Bildung, Hrsg. Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 278 vom 1. Quartal 2003, Bonn 2003. S. 47

⁹ Vgl. hierzu Shlomo, Shpiro; Rynhold, Jonathan: Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik, in: Informationen zur politischen Bildung, Hrsg. Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 278 vom 1. Quartal 2003, Bonn 2003. S. 61

¹⁰ Vgl. hierzu Timm, Angelika: Im Schatten der Al- Aksa- Intifada, in: Informationen zur politischen Bildung, Hrsg. Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 278 vom 1. Quartal 2003, Bonn 2003. S. 68

¹¹ Vgl. ebd.

Staaten erklärten zum Scheitern der Friedensgespräche: "Er [der Friedensvertrag von Oslo] schreibe bestehende Ungleichgewichte fort, gebe den palästinensischen Flüchtlingen keine Rückkehrgarantien, erlaube aber Arafat, ein kleines autoritäres Regime unter israelischer Hegemonie zu errichten¹²." In diesem Statement wurden die grundsätzlichen Probleme der Osloer Verhandlungen deutlich: Die Verträge von Oslo I und II klammerten alle schwerwiegenden Probleme wie die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und den Status der israelischen Siedlungen aus. Dennoch gab es in Folge der Osloer Verhandlungen Grundsätze, die sich in den späteren Friedensgesprächen fortsetzten.

Der Vorstoß der arabischen Staaten auf der arabischen Gipfelkonferenz von Beirut im März 2002 forderte, vorgeschlagen vom saudi-arabischen Kronprinzen Abdallah, die Rückkehr der israelischen Armee in die Grenzen von 1967 bei gleichzeitiger Anerkennung des jüdischen Staates und der Normalisierung der Politik ihm gegenüber. Die damit verbundene Angst Israels vor einer Verbesserung der Ausgangslage für einen arabischen Angriff wurde in den Vorschlag mit aufgenommen. Diese Initiative läuft trotz der andauernden Spannungen noch im Jahr 2004.

Die heutige Bilanz der wieder aufgeflammten Kämpfe ist für beide Seiten erschreckend: 750 tote Israelis und 2000 tote Palästinenser bis zum März 2003, zudem eine Wirtschaftskrise in Israel, bedingt durch die hohen Sicherheits- und Militärausgaben, sowie ein fast vollständiges Erlahmen des zivilen Lebens bei beiden Konfliktteilnehmern.

¹² Vgl. hierzu Shlomo, Shpiro; Rynhold, Jonathan: Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik, in: Informationen zur politischen Bildung, Hrsg. Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 278 vom 1. Quartal 2003, Bonn 2003. S. 61

Land	Reguläre Truppen	Reservisten	Panzer	Kampf-Flugzeuge
Israel	186.500	445.000	3.930	800
Ägypten	450.000	254.000	3.505	494
Jordanien	94.200	60.000	1.200	100
Irak	432.500	650.000	2.400	333
Iran	350.000	350.000	1.460	333
Syrien	380.000	132.500	4.800	520
Saudi-Arabien	171.500	20.000	1.015	355
Militärisches Gleichgewicht im Nahen Osten 2001¹³				

Durch die Ermüdung der Zivilbevölkerung, resultierend aus dem bewaffneten Konflikt, bilden sich auf beiden Seiten mittlerweile starke überparteiliche Friedensinitiativen, auch unterstützt durch Generäle aus dem israelischen Militär und Geheimdienstlern. Die israelische Bevölkerung strebt mehrheitlich eine politische Lösung des Konflikts an¹⁴.

Der viel kritisierte und noch heute andauernde Bau des Sicherheitszauns¹⁵ zwischen israelischem (Kern-) Land und palästinensischen Siedlungsgebieten markiert den vorläufigen Höhepunkt des Konflikts. Allerdings birgt er die Chance, daß die Trennung zwischen Israel und palästinensischen Autonomiegebieten nun de facto vollzogen ist. Damit hoffen gemäßigte Palästinenser nun, daß Israel keinerlei Ansprüche auf die „besetzten“ Gebiete mehr erheben würde, die sich außerhalb des Zauns befinden (und das ist der größte Teil). Der Bau des Sicherheitszauns dauert über das Jahr 2003 an.

3.1 Vor- und Nachteile des Osloer Friedensabkommens

Auch wenn durch den Ausbruch der 2. Intifada die Friedensgespräche von Oslo vorerst gescheitert sind, so bleibt der 1991 in Madrid gefaßte und im UN-

¹³ Tabelle: David Eckel. Daten aus Alroi - Arloser, Grisha, in: Informationen zur politischen Bildung, Hrsg. Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 278 vom 1. Quartal 2003, Bonn 2003. S. 59. Daten nach: Feldman, Shai, Shapir, Yiftah (Hrsg.): The Middle East Military Balance, Cambridge 2001.

¹⁴ Vgl. hierzu Timm, Angelika: Im Schatten der Al- Aksa- Intifada, in: Informationen zur politischen Bildung, Hrsg. Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 278 vom 1. Quartal 2003, Bonn 2003. S. 68 ff

¹⁵ Beginn: Juni 2002

Sicherheitsratsbeschuß 242 bestätigte Grundsatz „Land gegen Frieden“ weiterhin bestehen. Zudem bleibt auch die Anerkennung der PLO als rechtmäßige Vertretung palästinensischer Interessen sowie der nationalen Existenzrechte der an den Verhandlungen beteiligten Staaten bestehen. Diese Streitpunkte stehen nach Jahrzehnten nicht mehr zur Diskussion. Mehrere Faktoren haben dabei zu dem Grundkonsens geführt. Der hartnäckige Widerstand der Palästinenser in der ersten Intifada¹⁶ war aus Sicht einiger Israel- kritischer Wissenschaftler ein Faktor. Ebenfalls eine wichtige Rolle spielten nach Sicht aller Experten die politische und militärische Mäßigung der PLO und die Überzeugung, daß vor der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zu den arabischen Staaten das Palästinenserproblem gelöst sein müßte. Zudem setzte sich in der Bevölkerung verstärkt der Wunsch nach friedlicher, zweistaatlicher Koexistenz durch.

Durch die formelle Anerkennung der PLO wurde den Palästinensern erstmals ein eigener Staat impliziert, beginnend mit der Autonomie einiger Regionen. Zudem durften die Fedajin¹⁷ in ihre Heimat zurückkehren .

Einer der größten Nachteile des Osloer Abkommens war zudem eine seiner größten Stärken. Dadurch, daß nur der Rahmen, jedoch keine Details festgeschrieben waren, konnte auch alles diskutiert werden. Der Status von Jerusalem, die Siedlungspolitik, die Rückkehr der Flüchtlinge- alles sollte innerhalb von fünf Jahren durch kooperative Politik geklärt werden. Somit gab es auf beiden Seiten die Hoffnung auf Verbesserungen, die sich im Nachhinein bei den Verhandlungen von Camp David als unerfüllbar erwiesen. Die Chance, die sich daraus ergab, war jedoch das Fortschreiten des Friedensprozesses bei nicht strittigen Themen.

Für die PLO bot sich die Chance, durch den Friedensvertrag von Oslo auf internationales Parkett zurückzukehren. Damit konnte sie an Macht gewinnen, unter der Prämisse, auf Gewalt zu verzichten. Die PLO war wegen ihrer Pro- Saddam- Hussein- Politik im ersten Golfkrieg sowohl bei den arabischen wie auch bei den westlichen Staaten in Ungnade gefallen und saß zudem im Exil in Tunis isoliert vom

¹⁶ Vgl. hierzu Rouleau, Eric: Nahost- Friedensprozeß in der Sackgasse, in: Friedenspolitischer Ratschlag, Uni GH Kassel, Kassel 2000, zu finden unter: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Nahost/rouleau.html>, Stand: 27. 12. 2003

¹⁷ Zu Definition: Bard, Mitchell: Jewish Virtual Library, Behauptungen und Tatsachen: Die Suez- Krise, USA/Israel 2003. „Die Fedajin operierten meist von Stützpunkten in Jordanien aus, so daß dieses jeweils den Hauptstoß der unweigerlich erfolgenden israelischen Vergeltungsschläge zu tragen hatte. Die Angriffe der Terroristen verstießen gegen die im Waffenstillstandsabkommen getroffene Vereinbarung, die Kampfhandlungen durch paramilitärische Einheiten verbot. Nichtsdestoweniger war es jeweils Israel, das vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für seine Gegenangriffe verurteilt wurde.“ Zu finden im Internet unter <http://www.us-israel.org/>. Stand: 03.01.2004

eigenen Volk. Diese „erzwungene“ Wandlung der PLO beinhaltete die Chance, von nun an bilaterale Verhandlungen zu führen.

3.2 Gründe für ein Scheitern des Osloer Abkommens

Letztendlich scheiterte das Friedensabkommen von Oslo an den Nachverhandlungen um die strittigen Punkte wie der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge, dem Status der israelischen Siedlungen und von Ost- Jerusalem. Die Israelis sind dabei mit ihren Angeboten so weit gegangen wie niemals zuvor, die Palästinenser hingegen erwarteten weitere Zugeständnisse und setzten Versprechen wie ein konsequentes Vorgehen gegen die Terroristen nur halbherzig um. „Gegen Israel gerichtete Gewalttaten werden im allgemeinen von der palästinensischen Öffentlichkeit gern gesehen, und die Palästinenserbehörde scheint auch mit der antiisraelischen Gewalt einverstanden zu sein, denn sie hat bisher nichts unternommen, um diese zu stoppen. Die Israelis hören die Palästinenser von Frieden sprechen und erleben dann die blinde Zerstörungswut von Selbstmordattentätern. Die Israelis sind der Meinung, daß sie, trotz aller Fehler, versucht haben auf, Frieden hinzuarbeiten, und daß sie bereit waren, schmerzhaft Zugeständnisse für eine friedliche und politische Lösung zu machen. Gleichzeitig blieb die arabische Position durchgehend auf hartem Kurs, forderte ein Höchstmaß an Zugeständnissen, gab aber in nichts nach¹⁸.“ Weiter schreibt Frank Grothe zu der arabischen Mentalität: “Die Tatsache, daß Israel zu Zugeständnissen bereit ist, wird von den Palästinensern als Schwäche gewertet¹⁹.“

Dies scheinen mir die wahren Gründe für ein Scheitern des Abkommens zu sein. Die vielfachen Interpretationsversuche vor allem linker, antiisraelischer Gruppen, die die Palästinenser als ausschließliches Opfervolk sehen und Israel jegliche Schuld am Scheitern zuweisen, sind aus mehreren Gründen nicht objektiv²⁰. Wahr ist, daß Israel

¹⁸ Grothe, Frank: Israel und die Christen- Die vorprogrammierte Klemme, Kapitel 9: Mit den Palästinensern zurechtkommen. Fleurier, Schweiz 2003. Zu finden unter <http://www.grothe.ch/deutsch/article09-01.html>. Stand: 03.01.2004.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Ein Beispiel für diese Meinung findet sich in: Reimann, Manuela: Sackgasse Camp David, erschienen in: FritZ- Zeitschrift für Friedenspolitik, Schweiz 2003. Im Internet zu finden unter www.efritz.ch/sys/htm/menu.html. Manuela Reimann schreibt hier zu den Verhandlungen von Camp David: „Für Arafat und die PalästinenserInnen war also Barks Offerte einer palästinensischen Teil- Souveränität in Ostjerusalem Vororten gar kein echtes Angebot. Sie bestehen auf die Rückgabe des im Sechstagekriegs eroberten arabischen Ostteils der Stadt, welcher anschließend von Israel völkerrechtswidrig annektiert wurde. Einerseits haben sie internationales Recht auf ihrer Seite, andererseits mußten insbesondere die arabischen BewohnerInnen zuviel durchmachen, um in der Stadt bleiben zu können, als daß sie Konzessionen beim Status ihrer Stadt akzeptieren würden.“

niemals mehr Zugeständnisse als in Oslo gemacht hat (z.B. Bereitschaft zur Abtretung von Ostjerusalem). Wahr ist auch, daß Terroristen sich in den Palästinensergebieten niemals wirklich unwohl gefühlt haben. Und die Drohungen mit Gewalt sind bis heute akzeptiertes Mittel in der palästinensischen Politik. Allerdings hat sich die Meinung in der palästinensischen und israelischen Bevölkerung seit dem Scheitern der Osloer Nachverhandlungen von Camp David 1993 verändert. Die Menschen sind auf beiden Seiten zu mehr politischen Opfern bereit, um die Menschenopfer zu beenden. Aus dieser Situation heraus wurde der nächste Friedensversuch, die Road Map, geboren.

4.1 Vor- und Nachteile der Road Map

Von Seiten der arabischen Länder wurde die Rolle der USA als Vermittler im Nahost-Konflikt immer stärker kritisiert. Amerika wurde als pro- israelisch und parteiisch angesehen. Da diese Einschätzung dem Erfolg der Verhandlungen im Weg stehen könnte, mußten die Verhandlungen breiter aufgestellt werden. Die Road Map wurde deshalb gemeinsam von der Europäischen Union, Rußland, den USA und der UN entwickelt. Der Grundsatz der Road Map (auf Deutsch übersetzt: Friedensfahrplan) war auch wie zuvor die seit 1967 bestehende Formel „Land gegen Frieden“, untermauert in der UN Resolutionen 242 und 338. Die Road Map wurde in drei Phasen aufgeteilt, deren Zeitplan festgelegt wurde. Die erste Phase sollte bis Ende Mai 2003 abgeschlossen sein und sah das Ende von Hetze und Gewalt auf beiden Seiten vor. Die Palästinenser müssen „Israels Recht auf Existenz in Frieden und Sicherheit“²¹ akzeptieren, der jüdische Staat wiederum die Zwei- Staaten- Lösung mit einem souveränen Palästinenserstaat. Zudem muß Israel auf Strafmaßnahmen gegenüber Palästinensern verzichten, die Lebenssituation der Bevölkerung in Gazastreifen und Westbank aktiv verbessern, die Armee allmählich zurückziehen und die Siedlungspolitik absolut einfrieren. Weiter sollte es grundlegende Reformen in den Autonomiegebieten hin zu einer Mehrparteien- Demokratie mit einem effektiven Strafverfolgungssystem Terroristen gegenüber geben.

Die zweite Phase, beginnend im Juni 03, sollte bis Ende 2003 abgeschlossen sein. Sie sah einen unabhängigen palästinensischen Staat mit souveränen Grenzen vor. Nach freien und demokratischen Wahlen im neu geschaffenen Staat sollte eine internationale Wirtschaftskonferenz neue Impulse für einen nachhaltigen Aufschwung

²¹ Auszug aus der Road Map, veröffentlicht in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 128 vom 04.06.2003, Seite 6, Frankfurter Verlag, Frankfurt 2003.

geben. Zudem sollte der Friedensstatus zwischen Israel und Jordanien bzw. Syrien verfestigt werden.

Die dritte und letzte Phase sollte Anfang 2004 beginnen und im Folgejahr abgeschlossen werden. Sämtliche Regelungen sollten auf einer internationalen Konferenz unwiderruflich festgeschrieben, das heikle Thema der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge geklärt und der Palästinenserstaat in die UN aufgenommen werden.

Der Friedensfahrplan wurde vom israelischen Kabinett gebilligt, allerdings wurde eine Liste von Einwänden zu Protokoll gegeben, die fast ebenso lang ist wie die Road Map selber. So forderte Israel unter anderem, daß die Fortschritte nach den ergriffenen Maßnahmen und nicht nach dem Zeitplan bewertet werden sollen, die völlige Entwaffnung des palästinensischen Staates, einen vollkommenen Terrorstopp sowie die Kontrolle der Umsetzung durch die USA und nicht durch das multinationale Verhandlungskomitee (EU, Rußland, USA, UN). Angesichts der knappen Billigung der Road Map durch das israelische Kabinett sind diese Einwände als eine Art Zugeständnis an die innerisraelischen Gegner des Friedensfahrplans zu verstehen. Grundlegend neu am Papier war die Festlegung auf eine parallele Umsetzung der Auflagen durch Israel und die palästinensische Verwaltung. Vorbedingungen galten nicht, alle Prozesse müssen parallel und unabhängig voneinander umgesetzt werden.

4.2 Ist die Road Map gescheitert?

Die vertrauensbildenden Maßnahmen verliefen bis Mai 2003 erfolgreich; es kam zum Rückzug der israelischen Armee aus den innersten Städten der West Bank, zu Verhandlungen von Ministerpräsident Abbas mit der Hamas, um den Terrorismus zu stoppen, und es kam zur Freilassung von gefangenen Palästinensern. Zudem gab es mehrere Gespräche von Abbas mit Sharon, die produktiv verliefen. Es gab jedoch auch Schwierigkeiten bei der Umsetzung: Die Friedensverhandlungen mit den „Al Aksa- Brigaden“²² sind bislang gescheitert, ebenso wie die Waffenstillstandsgespräche mit der Hamas und „Islamischer Dschihad“.

Immer wieder kommt es derzeit zu Terrorwellen in Israel, verübt durch palästinensische Terroristen, und zu den Vergeltungsschlägen der israelischen Armee, denen teilweise auch Zivilisten zum Opfer fallen. Allerdings ist diese Situation

²² Die Al Aksa- Brigaden sind der terroristische Arm der Fatach- Bewegung von Arafat.

aufgrund ihrer Ausweglosigkeit nur ein Zwischenstatus. In immer neuen bi- und multinationalen Verhandlungsrunden werden Lösungsansätze eruiert, die Bevölkerungen in Israel und den palästinensischen Gebieten sind durch den Konflikt ermüdet. Mittlerweile wächst auch die Unzufriedenheit im israelischen Militär ebenso stark, wie die Aggressionen innerhalb der palästinensischen Terrorzellen nachlassen. Derzeit läßt sich feststellen, daß zwar der Friedensfahrplan (Road Map) gescheitert ist, nicht aber die in ihm enthaltenen Ideen. Ohne die Klärung des Status der Flüchtlinge aus dem Gebiet des ehemaligen Palästina, ohne den Stopp des arabisch- palästinensischen Terrorismus, ohne den Abbau zumindest der größten illegalen Siedlungen wird es keinen erfolgreichen Frieden geben.

Der Zeitplan der Road Map ist unhaltbar verrückt worden, die anfänglichen Verbesserungen haben sich eher noch ins Gegenteil verkehrt. Dennoch wird auch der Jahrzehnte alte Grundsatz „Land gegen Frieden“ weiterhin Gültigkeit behalten, denn eine andere Möglichkeit als die friedliche Koexistenz ist auf Dauer nicht möglich. Nachdem nun Bush in der Folge des Irak- Kriegs die Brisanz des Nahost-Konflikts auch für die Weltsicherheit erkannt und den Sachverhalt zur Chefsache erklärt hat, ist ein weiteres Engagement wahrscheinlich. Spätestens nach der Beruhigung der ganzen Nahost- Region in Folge des Irak- Kriegs einschließlich der Staaten Syrien und Iran sowie der zu erwartenden Entspannung Nordkorea gegenüber dürfte sich das Augenmerk auf den israelisch- palästinensischen Konflikt richten. Denn ohne die Unterstützung der USA (für Israel) und der arabischen Halb- bis Staatswelt (für die Palästinenser) scheint ein Fortführen des Konflikts zu kostspielig. So haben die Vereinigten Staaten von Amerika bereits die Kredite für Israel um hohe Summen gekürzt, um gegen den Ausbau der Siedlungen zu protestieren. Wenn also nicht die Vernunft siegt, werden langfristig ökonomische und politische Gründe zu einem umsetzbaren Friedensabkommen führen. Derzeit scheint die Lage aber noch nicht reif dafür, denn die Verhandlungen müßten noch viel tiefer gehen als bei der Road Map. Nicht nur der Status von Ostjerusalem wird zur Diskussion stehen, sondern auch die israelische Mehrheit im eigenen Land. Bei der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge würden sich plötzlich die Israelis in der Minderheit befinden. Daß dies nicht akzeptabel ist, liegt auf der Hand. Um den Status der Flüchtlinge und eine etwaige Entschädigung zu klären, ist aber die Mithilfe der Aufnahmeländer, vor allem Jordanien, Syrien und Ägypten, gefragt. Mir erscheint

deshalb nur eine Gesamtlösung umsetzungsfähig, keine Teillösungen nach bisherigem Muster²³.

5. Bewertung und Vergleich der Friedensinitiativen von Oslo und der Road Map

Während in den Gesprächen von Oslo noch ein großer Bogen um die wirklichen Probleme des Nahen Ostens gemacht wurde, durfte in den Gesprächen zur Road Map über alles diskutiert werden. Daß es nachher keine Lösungen für alle Probleme gab, erscheint in Folge eines Jahrzehnte dauernden Konflikts logisch. Der Ansatz ist der richtige. Bei den nächsten Verhandlungen müssen die härtesten Konfliktthemen zuerst verhandelt werden, um dann zu den weniger wichtigen zu kommen.

Die Road Map, auch wegen der gleichberechtigten Beteiligung von EU, Rußland, USA und UN, ist auf jeden Fall das Instrument, mit dem solche Einigungen erzielt werden können. Selbst bei einem Erfolg der Verhandlungen von Oslo, die unter der Schirmherrschaft der USA stattfanden, würden viele Araber und Palästinenser dieses Ergebnis nicht akzeptieren. Sie fühlen sich einer 2:1 Mehrheit gegenüber, denn Nordamerika wird mit Israel politisch weitgehend gleichgesetzt.

Erstaunlich ist nach der Bewertung der beiden Friedensinitiativen, die im Kern das selbe Prinzip „Land gegen Frieden“ beinhalten, die Geltungsdauer: Oslo hatte länger Erfolg als die Road Map, die schon nach kurzer Zeit zum vorläufigen Mißerfolg wurde. Annäherungen zwischen Israel und den Palästinensern bzw. der Hamas sind zwar seit dem Amtsantritt von Bush vereinzelt erkennbar, sie gleichen aber mehr Einzelaktionen und verfolgen keine erkennbare Strategie. So ist es z.B. möglich, daß nach einem Gefangenenaustausch eine Wiederbesetzung arabischer Gebiete erfolgt oder nach einem Friedensgespräch ein palästinensischer Terroranschlag. Faktisch sind beide Friedenspläne gescheitert, Einzelheiten werden aber dennoch von beiden Konfliktparteien befolgt.

6. Zukunftsperspektiven

Am Frieden im Nahen Osten führt kein Weg vorbei. Eine Vernichtung des jeweiligen Gegners ist dank internationaler Kontrolle für keine der beiden Seiten eine Möglichkeit (mehr). Neben der menschlichen Tragik, die hinter jedem einzelnen Getöteten und Verletzten steht, ist vor allem die wirtschaftliche Entwicklung für beide

²³ Vgl. hierzu Bauchhenß, W., Bornkessel, M.: Konfliktherd Naher Osten: Israel und Palästina, Schulen ans Netz e.V., Bonn 2003. Im Internet zu finden unter: <http://www.lehrer-online.de/dyn/bin/385279-385286-1-naher-osten-basisartikel.rtf>, Stand: 01.02.2004.

Erklärung	2000	2001
BIP (in Mrd. US- Dollar)	110,4	105
BIP pro Kopf in US Dollar	17684	17500
Veränderung BIP in % gegenüber Vorjahr	6,2	-0,5
Arbeitslosenrate in Prozent	8,9	9,5
Inflationsrate in Prozent	0	1,5
Investitionen (in % gegenüber Vorjahr)	-4,1	-4,3
Ausländische Direktinvestitionen in Mrd. USD	8,7	3,9
Privater Verbrauch (in % gegenüber Vorjahr)	6,6	3,2
Import in Mrd. UDS	35,7	34,2
Export in Mrd. USD	31,3	26,4

Tabelle: Israelische Wirtschaftsdaten²⁴

Seiten alles andere als gut und drängt nach einer Lösung. Die Einflüsse des bewaffneten Konflikts schlagen direkt auf die Wirtschaft durch (Vgl. hierzu Tabelle: Israelische Wirtschaftsdaten²⁵, Seite 6). „Erst wenn es zu einem stabilen und dauerhaften Einvernehmen mit dem palästinensischen Volk gekommen und die arabische Feindseligkeit gegenüber Israel einer ehrlichen Kooperationsbereitschaft gewichen ist, werden die Staaten und Völker der Region ihr wahres Wirtschaftspotential entfalten können²⁶.“ Diese Bewertung verdeutlicht die

²⁴ Tabelle: David Eckel. Daten aus Alroi - Arloser, Grisha, in: Informationen zur politischen Bildung, Hrsg. Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 278 vom 1. Quartal 2003, Bonn 2003, S. 42

²⁵ Ebd.

²⁶ Alroi - Arloser, Grisha, in: Informationen zur politischen Bildung, Hrsg. Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 278 vom 1. Quartal 2003, Bonn 2003, im Internet zu finden unter http://www.bpb.de/publikationen/WJ5YA2.8.0.Grundz%FCge_des_Wirtschaftssystems.html, Stand: 01.02.04

Notwendigkeit einer Einigung als einzige Möglichkeit, den Menschen Wohlstand zu garantieren.

Ein wichtiger Faktor in der Zukunft des Nahen Ostens sind – natürlich – die Menschen. Sie sind es leid, für Politik zu leiden, die sie dem Frieden nicht merklich näher bringt. Es gibt keine Möglichkeit, ein Beispiel zu finden, welches zur Demonstration besser geeignet wäre als der private Genfer Friedensvertrag aus dem Dezember 2003. Er wurde zwar weder von der PLO noch von der Israelischen Regierung unterzeichnet, allerdings sind die Unterzeichner des Genfer Abkommens führende Persönlichkeiten von Weltruf, auch aus Israel und der PLO. Zudem hat der Genfer Plan Sympathien in der Bevölkerung sowohl auf palästinensischer als auch auf Israelischer Seite.

Das Genfer Friedensabkommen hat vor allem einen entscheidenden Vorteil: Es werden nur wenige Punkte wie wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Wasserfrage ausgeklammert²⁷. Die Rückkehrfrage der Flüchtlinge, der Status von Ost-Jerusalem, die Frage von Gefangenenaustausch: Alle strittigen Fragen sind auf Grundlage der UN- Resolutionen und des gesunden Menschenverstandes gelöst. Israelis werden weiterhin die Mehrheit der Bevölkerung im eigenen Land stellen, Ost- Jerusalem wird teils international und teils von Israel bzw. der PLO kontrolliert, und sogar einige Siedlungen können durch Flächenausgleich erhalten bleiben.

Auch wenn sich jetzt noch die israelische Regierung und einige radikale palästinensische Gruppen weigern, diesen Plan umzusetzen, so wird mit wachsendem Druck der Bevölkerung eine Einigung ähnlich diesem Friedensplan erreicht werden. In Israel könnten die nächsten Wahlen für ein Aufbrechen der Blockade sorgen, in den Palästinensergebieten der Wunsch nach einem Ende des Lebens am absoluten Existenzminimum. Spätestens dann wird der Friedenswillen auf einem so breiten Fundament stehen, daß er durch Proteste jüdischer Extremisten und Anschläge palästinensischer Terroristen nicht mehr zu erschüttern sein wird.

Wichtig für die Fortführung eines jeden Friedensprozesses im Nahen Osten ist zudem die Erkenntnis, daß militärische Vergeltung nicht unbedingt den Volkswillen widerspiegelt, und daß die Vernichtung Israels, wie es die Hamas durch Bombenwahn erreichen will, eine Minderheitenmeinung darstellt. Erst wenn diese radikalen Kräfte isoliert und auch dementsprechend behandelt werden ist ein Frieden ohne gegenseitige Schuldzuweisungen möglich.

²⁷ Bernstein, Judith; Bernstein, Reiner; München 2003. Zu finden unter <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Nahost/genf2.html>